

Menschenrechte /1

Wir leben in einem neuen Zeitalter der Entdeckungen. Diesmal aber werden nicht Länder oder Kontinente entdeckt, sondern MENSCHENRECHTE. Den Reigen der neuen Rechte (nicht mit den Neuen Rechten verwechseln!) eröffnete eine gewisse Frau **Anna Lübke**, die sich — da sie nichts gelernt hat, womit sie sich ernähren könnte — mit einem Projekt »Das Europäische Asylsystem und die Zuordnung von Flüchtlingsverantwortung« abmüht. Sie nannte das dabei von ihr entdeckte Menschenrecht »Das Recht auf Ausreise«. Damit meint sie die Ausreise aus Libyen und logisch daraus folgend der Einreise nach Deutschland. Wir leben eben in einer Großen Zeit, die Entdeckung dieses bisher unbekanntes Rechts kann man getrost als eine Ausstrahlung des Zetsches'schen Wirtschaftswunders betrachten.

Nun sind Einzelheiten des »Globalen Paktes für Migration« bekannt geworden. Der klingt nicht nur so wie Warschauer Pakt oder Hitler—Stalin—Pakt, der ist auch so gemeint. Während die USA ihm nicht beigetreten sind (Präsident Trump: »Dieser Vertrag verstößt gegen die Souveränität der Vereinigten Staaten. Die USA sind eine Nation und kein Siedlungsgebiet.«) und andere (Dänemark, Ungarn, Polen, Australien) sich schon verabschiedet haben, werden die islamischen Länder diese Möglichkeit freudig ergreifen (ohne ihrerseits auch nur einen einzigen Landesfremden aufzunehmen), um unnütze Fresser in dreistelliger Millionenzahl loszuwerden ¹ und gleichzeitig die zivilisierten Länder zu schwächen und dem Islam nun endlich zur Weltherrschaft zu verhelfen. »Warum eigentlich wird die UNO vom Islam dominiert, wenn WIR uns das ~~gottlob~~ allahlob nicht zunutze machen sollten?« Die **Merkel**-Regierung, die von sich behauptet, die Deutschen Interessen zu vertreten, wird selbstverständlich am 10. Dezember in Marrakesch begeistert unterschreiben, falls es nicht gelingt, sie vorher zu stürzen. Andernfalls ist nämlich der Weg frei für die KZs, in denen unbelehrbare Rechtspopulisten untergebracht werden. Der schwäbische Landtagskandidat der Linken, **Tobias Himpenmacher**, hat die Idee, »integrationsunwillige Rechtsextreme« (nota bene: Wir, nicht Die müssen sich integrieren!) der »zentralisierten Unterbringung von Neonazis« zuzuführen. Dort gibt es für sie Sprachkurse, Ausbildung und Integrationskurse. Das wäre dann sozusagen die Endlösung der Rechtspopulismusfrage.

Hierbei kommt nun der »Globale Pakt für Migration« wie gerufen. Denn, er »ist ein Meilenstein in der Geschichte des globalen Dialogs ... in Sachen Migration.« Er erkennt nämlich an, dass kein Staat allein imstande ist, mit der Migration umzugehen. (XXXXX XXXXX XXX XXXXXXXXXXXX XXX XXXXXX XXXXXXXXXXXX XXXXXXXXXXXX, XXX XXX XX XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, XXXX XX

1 Da das Bildungssystem in den islamischen Ländern mehr Wert auf Kenntnisse der »wahren Religion« als auf Wissen legt, sind die jungen Menschen — an unseren »Flüchtlings« wurde es sichtbar — Analphabeten. Logischerweise haben sie dann keinen Beruf erlernt und üben den des Arbeitslosen aus. Da besteht ja die Gefahr, daß sie unzufrieden mit der allahgewollten Ordnung werden und revoltieren — schrecklicher Gedanke! Also hinaus mit ihnen!

Am 11.10. wurde ein Islamfreund (**Jürgen Martens**, F.D.P.) im Bundestag gefragt, in welchem islamischen Land er wohl leben möchte. Obwohl die Auswahl groß ist, konnte er sich nicht entscheiden. Die Frage kam natürlich von der AfD; ich finde es richtig, man muß diese Lumpen beim Wort nehmen.

Zur intellektuellen Verfaßtheit hat der Verfassungsschutz schon vor Jahren festgestellt: »Hast du Allah in der Birne / ist kein Platz mehr fürs Gehirn.«

XXXXX XXXXX XXXXXXXX XXXX.) Klar und deutlich heißt es im Punkt 4: »Flüchtlingen und Migranten stehen die gleichen universellen Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten zu, die immer respektiert, geschützt und erfüllt sein müssen.« (zur verschwurbelten Stilistik s. u.)

Generell geht es nun nicht mehr um Flüchtlinge oder »Flüchtlinge«, sondern nur noch um »Migranten«, denen hier umfassende Rechte zustehen sollen. Rechte, die sich die Staatsbürger durch Arbeit erworben haben, werden den Migranten als Menschenrecht einfach so zugebilligt. Freie Fahrt für die Ausplünderung der Sozialkassen! So wird das Recht auf illegale Einreise deklariert, die uneingeschränkte Familienzusammenführung sowieso, auch das Recht der Kinder auf Familienleben, welches nun seinerseits anständige Einkünfte und gesundheitliche Betreuung enthält. (Immer logisch weiterdenken, Genossen, nicht nur in Schlagworten!) Das Wahlrecht für Ausländer kommt etwas später, aber es kommt (Schiller), denn wie sollte denn der schöne Satz

»Wir müssen Migranten befähigen, gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaften zu werden, ihre positiven Beiträge hervorheben, ihre Inklusion und den sozialen Zusammenhalt stärken.«

sonst gemeint sein, als dass sie nicht nur lebenslang wohlversorgt werden, sondern auch die Möglichkeit erhalten, ihre Wohltäter weiter an der Macht zu erhalten? Gleichberechtigte Mitglieder ohne Wahlrecht — da lachen ja die Hühner!

Selbstverständlich ist kostenloser juristischer Beistand, der auch Ansprüche auf Entschädigungsleistungen umfaßt, bereitzustellen. Das Lebensrecht der Migranten ist durch Prozeduren der Rettung auf See zu gewährleisten, humanitäre Hilfeleistung für Migranten darf nicht mehr ungesetzlich sein (anders ausgedrückt: die Schmarotzer, die die »Seenotrettung« als einträgliches Geschäft praktizieren, sind in Zukunft als Helden zu verehren, Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt als Straftat gibt es nicht mehr).

Allerorten wird uns auf Ehre versichert, wie nutzbringend die Migration für UNS ist. z. B. so: »Wir sehen sie [die Migration] als eine Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung in unserer globalen Welt an.«

Nach so vielen Rechten für die Migranten sollte außer dem steigenden Wohlstand auch etwas für uns abfallen. In der Tat, denn es heißt.

»Wir verpflichten uns darüber (nämlich dem sicheren Zugang der Migranten zur Grundversorgung) hinaus, dass wir die Inklusion der Migranten in die Versorgungssysteme verstärken, ungeachtet dessen dürfen Einheimische [wer nicht weiß, wer damit gemeint ist — es sind die »schon länger hier Lebenden« (**Merkel**)] und legale Migranten zu umfassenderer Versorgung berechtigt sein, wobei sichergestellt sein muß, dass die Differenzen gesetzlich geregelt und verhältnismäßig sind und einem gerechten Ziel folgen in Einklang mit dem internationalen Recht.«

Wer nun dieses abscheuliche Kauderwelsch auch so benennt, soll wissen: Das ist nicht Ungeschick der Dolmetscher sondern Absicht! Denn es soll die Aussage vernebeln, dass die Einheimischen **und** die legalen Migranten etwas besser leben dürfen als die Illegalen, die es aber dann gar nicht mehr gibt. Mit anderen Worten: Migranten sollen dieselben materiellen Lebensverhältnisse wie die Bewohner erhalten ¹. Die Sprache ist das wichtigste Werkzeug der Propaganda und der Volksverdummung. Studiert schon mal Kapitel V. und den Anhang in »1984«, dort steht, wie es uns zgedacht ist.

1 Eine neugebildete Regierungskommission hat die Aufgabe, vorzuschlagen, »wie gleichwertige Lebensverhältnisse **aller** in Deutschland Lebenden« geschaffen werden können.

So ist es deutlich herauszulesen, dass Entscheidungen über Wie, Wer und Wann aus dem Entscheidungsbereich der Bürger herausgehalten werden. Die nationalen Gesetze sollen keine Rolle mehr spielen und alles muß »gendergerecht und nachhaltig« sein.

Aber haben die Migranten denn keine Pflichten? Natürlich, aber sie sind nicht zur Dankbarkeit verpflichtet, sie nehmen ja ein Menschenrecht wahr, erhalten also kein Geschenk, dieses Wort kommt nirgends vor. Ihre nun legale Plünderung des gesamtstaatlichen Vermögens (Sozialkassen und Haushalte) ist eine Enteignung der Deutschen, die mit ihrer Lebensarbeit das geschaffen haben und weiterhin schaffen; Enteignung des kollektiven Eigentums, vornehmer Expropriation genannt. Die böse alte Frau verschenkt UNSER Land an Unwürdige, die in ihren Heimatländern nichts geleistet haben und auch bei uns nichts leisten werden; deshalb ihre Reisen der letzten Zeit nach Afrika. Grundsatz 16 sagt:

»Wir verpflichten uns, inklusive und zusammenhaltende Gesellschaften zu fördern, indem wir die Migranten ermutigen, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden, das gegenseitige Engagement der aufnehmenden Gemeinschaften und der Migranten fördern, ihre Rechte und Pflichten einander gegenüber wahrzunehmen; dazu gehört die Befolgung der nationalen Gesetze und der Respekt für die Sitten des Ziellandes. Wir verpflichten uns außerdem, dem Wohl aller Mitglieder der Gesellschaft zu widmen, indem wir die Ungleichheit minimieren, die Polarisierung vermeiden, die öffentliche Zuversicht die Politik und die Institutionen der Migration betreffend stärken, in dem Bewusstsein, dass voll integrierte Migranten können besser zum Wohlstand beitragen.«

Wir realisieren also ihre Menschenrechte (sie mögen diese Rechte haben, aber haben sie sie auch UNS gegenüber? Warum gewähren wir einem Fremden ein Recht, das wir ihm nicht genommen haben? Aber ich komme ab.), zu diesen gehört auch die Bewahrung und Pflege ihrer Kultur. Wer bei UNS leben möchte, hat sich UNS anzupassen oder er fliegt wieder hinaus — das ist eine überwundene veraltete Anschauung; es gibt schließlich nur EINE Welt und die gehört ALLEN. Hauptsächlich ist es aber so gemeint, dass die sogenannte islamische Kultur ¹ nun freie Fahrt hat. Streit um oder gar Verhinderung von Moscheebauten wie in Bad Soden—Salmünster wird es dann nicht mehr geben. Der Islam nimmt den ihm gebührenden Rang in den aufnehmenden Ländern ein. Nach und nach wird das dominierende Verhalten der moslemischen Migranten wie selbstverständlich zum Straßenbild gehören, nur die ältesten Leute werden sich dann noch an anderes erinnern ².

Zur Vorfreude über den unerwarteten Zuwachs an »Goldstücken« (100 —%—Schulz) gehört aber auch, diesen die Reise nach Germoney möglich zu machen. Die Autoren schreiben im Grundsatz 5 (Die Stilistik dieses Gaunerjargons ist, wie oben erwähnt, volle Absicht.):

»Wir verpflichten uns, für die reguläre Migration Optionen und Pfade einzurichten, in einer Art, dass die Mobilität der Arbeits-

1 Nur EIN Beispiel aus der Fülle des multikulturellen Lebens der Zukunft (»Greift nur hinein ins volle Menschenleben« Goethe): Die Burka gehört nun mal zum Islam wie die Schmeißfliege zum Kackhaufen, »Werd' ich wohl jedem Kuffar gestatten meine Alte anzuglotzen, schließlich habe ich sie gekauft, sie ist mein Eigentum?! Gelobt sei Allah, der die Deutschen so dämlich gemacht hat, ER ist eben doch der größte Listenschmied (§ 3, Vers 54).« Aber gleichzeitig dürfen die Bayern nun erlaubterweise in Lederhosen laufen — man sieht, Migration nützt allen.

2 So wie der alte Mann in »1984«, der es im Pub bedauert, das es die Pinte (ca. $\frac{3}{4}$ Liter) nicht mehr gibt. (Kapitel VIII.)

kraft und anständige Arbeit der Realität der Demographie und des Arbeitsmarktes entsprechend gefördert werden, die Möglichkeiten zur Bildung zu optimieren, während dessen das Recht auf ein Familienleben aufrechtzuerhalten, den Bedürfnissen der Migranten in einer Lage der Verwundbarkeit zu entsprechen, mit der Aussicht, die Zugänglichkeit zu Pfaden für sichere, geregelte und planmäßige Migration zu erweitern und zu diversifizieren.«

Optionen und Pfade — das läuft auf eine fahrplanmäßige Fährverbindung Tripolis — Hamburg hinaus. Aber wenn es keine »anständige Arbeit« für den Neger geben sollte (was wohl in 99,99 % der Fälle zutreffend sein wird) muß er natürlich Arbeitslosengeld, kein Hartz IV erhalten.

Wie bringt man das nun den Deutschen XXX XX XXXXXXXXXXXX XXX XXX XXXXXX XXX XXXXXXXXXXXX XXXXXXXXXXXX XXX XXXXXXXXXXXX XXXXXXXXXXXX XXXXXXXXXXXX XXXXXXX XXX bei? Nun, man bedient sich zweier Wunderwaffen, die noch nie versagt haben. Zunächst ist die Lügenpresse gefordert. Grundsatz 17 bestimmt:

»Die unabhängige, objektive Qualitätsberichterstattung in den Medien, das Internet mit inbegriffen, soll gefördert werden, dazu gehört die Sensibilisierung und Ausbildung der Medienschaffenden in mit der Migration zusammenhängenden Themen und die Terminologie betreffend; ethische Standards für die Berichterstattung und die Werbung sollen gefördert werden, die öffentlichen Mittel und die materielle Unterstützung sollen jenen Medien, die Intoleranz, Xenophobie, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung den Migranten gegenüber propagieren, entzogen werden, bei voller Berücksichtigung der Medienfreiheit.«

»Wir müssen alle Bürger mit objektiven, evidenzbasierten, klaren Information versehen über die Vorteile und die Herausforderungen der Migration, damit die irreführenden Erzählungen, die die Migranten in schlechtem Licht erscheinen lassen, zerstreut werden.«

Das nannte man in einer Zeit, die eigentlich überwunden sein sollte Gleichschaltung und Zensur. Frau Reschke von PANORAMA kann nun stolz sein, dass ihre Erfindung »Qualitätsjournalismus« Eingang in ein hochbedeutendes internationales Dokument gefunden hat. Deutschland ist da schon auf einem guten Wege, alle »Medienschaffenden« verkünden dasselbe. Und in der Werbung ist immer ein Neger oder ein Syrer mit Mohammedbart dabei.

Die zweite Wunderwaffe bemüht die eigentlich schon überflüssig gewordenen nationalen Gesetze. Nun könnte es ja welche geben — zu unserer Ehre sei es gesagt: es sind viele —, die sich gegen diese Entwicklung stellen. Auch an die ist gedacht! Da ist zunächst auf den freiwilligen Charakter aller Vereinbarungen zu verweisen; jedes Land entscheidet selbst, ob und wieviel ... Wer aber hier von Lügen spricht (warum einen Vertrag, wenn alles völlig freiwillig ist?), mit dem müssen wir eben anders reden. Im Grundsatz 17 wird beschrieben, wie »alle Formen der Diskriminierung beseitigt und die Auffassung über Migration zu formen« ist. Wie denn? Nun so:

»Gesetze verabschieden, implementieren und aufrechterhalten, die Hassverbrechen und schwere Hassverbrechen und Verbrechen gegen Migranten unter Strafe stellen; die Beamten der Strafverfolgung und andere Amtspersonen sollen trainiert werden, um solche Verbrechen und anderen Akten von gegen Migranten gerichteter Gewalt vorzubeugen und auf sie zu reagieren, sowie um

den Opfern medizinische, juristische und psychosoziale Unterstützung leisten zu können.«

Um nun diese Bösewichte zu bestrafen, muß man sie erst einmal auffinden, also:

»Migranten und Gemeinschaften in die Lage versetzen, alle Aufrufe zu Gewalt gegen Migranten anzuprangern, indem die Migranten über die vorhandenen Mechanismen für Wiedergutmachung informiert werden und sichergestellt wird, dass jene, die aktiv an der Förderung von Hassverbrechen gegen Migranten beteiligt sind, in Einklang mit den nationalen Gesetzen zur Verantwortung gezogen werden, unter Beachtung des internationalen Rechts der Menschenrechte, insbesondere der Meinungsfreiheit.«

Also ein flächendeckendes Spitzelsystem einrichten, in dem alle Feinde der Regierungspolitik erfaßt und bestraft werden können.

Großer Wert wird auf die gesundheitliche Betreuung der Migranten gelegt. Die UNO weiß am besten, wie viele in den zivilisierten Ländern längst ausgerotteten Krankheiten die Neubürger wieder einschleppen. Deshalb (Grundsatz 15):

»Die gesundheitlichen Bedürfnisse der Migranten sollen in die nationale und lokale Gesundheitspolitik und –pläne integriert werden, das heißt, die Kapazitäten für die Dienstleistungen sollen erhöht, der Zugang erschwinglich und nicht–diskriminierend sein, die Kommunikationsbarrieren sollen reduziert, das Gesundheitspersonal in kulturell sensitivem Verhalten geschult werden, um die physische und psychische Gesundheit der Migranten und der Gemeinschaften überall zu fördern, indem die wichtigen Empfehlungen des WHO Framework of Priorities and Guiding Principles to Promote the Health of Refugees and Migrants berücksichtigt werden.«

Hier wird die neue Herrenrasse deklariert. »kulturell sensitives Verhalten« heißt, den Patienten mit allen seinen kulturellen (altsteinzeitlichen) Besonderheiten akzeptieren und eben nicht »der Neger mit Krätze in Kabine 2!« ausrufen. Nur so können unangenehme Vorfälle, wie neulich die Ermordung eines Arztes durch seinen mohammedanischen Patienten in Offenburg vermieden werden.

Richtig herzig ist es nun aber, wenn auch daran gedacht wird, dass die Neuerwerbungen von Langeweile geplagt sind. Grundsatz 16 befähigt die Migranten und die Gesellschaft zur vollen Inklusion und zum sozialen Zusammenhalt (man beachte die Reihenfolge!):

»Die multikulturellen Aktivitäten sollen durch sportliche, musikalische, künstlerische und kulinarische Festivals und andere sozialen Events, die das gegenseitige Verständnis und die Anerkennung der Kulturen der Migranten und der aufnehmenden Gesellschaft (man beachte wieder die Reihenfolge!) fördern, unterstützt werden.«

Das kennen wir schon: Volksfeste, falls sie nicht wegen Terrorgefahr überhaupt ausfallen, gleichen dem Hofgang im Gefängnis und sind mit **Merkel**–Pollern dekoriert. Aber so etwas wie auf der Kölner Domplatte machen die Migranten sicher nicht, denn es sind ja keine Flüchtlinge. Und um das »gegenseitige Verständnis« auch mit Leben zu erfüllen, gibt Herr Bimbo zukünftig jeden Freitag auf dem Augustusplatz ein Trommelkonzert. Eintritt frei!

* * *

Die AfD—Abgeordnete **Nicole Höchst** hat gestern (10.10.) im Deutschen Bundestag danach gefragt, ob die Bundesregierung diesen »Vertrag« unterschreiben wird und wenn ja, welche Folgen er wohl haben würde, weil wir damit zur Minderheit im eigenen Land werden. Ein Staatsminister im Auswärtigen Amt (**Michael Roth**) rülpste etwas von »Humanität«, »Solidarität«, »globale Bewährungsprobe«, »auch Menschen aufnehmen« ins Mikrofon, um dann unmißverständlich zu verkünden: »Ich kann Ihnen versichern, dass wir hier über Zahlen sprechen, die bei weitem nicht dem entsprechen, was die Bundesrepublik derzeit an Einwohnerinnen und Einwohnern hat.« Aha.

Quellen:

vollständiger Text: <https://juergenfritz.com/2018/10/24/un-migrationspakt/>
kommentierte Auszüge: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/un-migrationspakt-bedingungslose-kapitulation/3/>

11.10.2018

Roland Welcker